



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Arbeits- und Ausbildungsverbote aufheben – Aufenthaltsperspektive ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- von Abschiebungen von Geduldeten, die vom zukünftig geltenden Chancenaufenthaltsrecht profitieren könnten, abzusehen,
- Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern und Geduldeten, die Arbeits- oder Ausbildungsverträge vorlegen, die Arbeits- oder Ausbildungserlaubnisse zu erteilen,
- Geduldete, die sich in Arbeit oder Ausbildung befinden, nicht abzuschieben,
- die Ausländerbehörden anzuweisen, vorliegende Integrationsleistungen proaktiv abzufragen und zum Bestandteil der Ausländerakte zu machen.

Begründung:

Beratungsstellen für Geflüchtete berichten von vermehrten Abschiebeversuchen der Ausländerbehörden von Geduldeten, die vom zukünftigen Chancenaufenthaltsrecht profitieren könnten. Das muss sofort aufhören.

Wer arbeitet und sich integriert, soll bleiben dürfen. Menschen, die sich bereits seit vielen Jahren im Land aufhalten, nicht straffällig geworden und gut integriert sind, muss ein rechtmäßiger Aufenthalt ermöglicht werden. Damit wird nicht nur die Leistung der Menschen, die Deutsch lernen, einen Beruf anstreben oder sich ehrenamtlich engagieren, anerkannt, sondern auch der Weg, im Hinblick auf die angekündigte Neuregelung durch das Chancenaufenthaltsrecht des Bundes, geebnet.

Bayern kann als Land bestehende Spielräume nutzen, damit jene Geflüchtete ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten, die seit vielen Jahren hier leben, Deutsch sprechen und gut integriert sind, die einen Arbeitsplatz haben und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Das ist nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern es ist angesichts des sich zuspitzenden Fachkräftemangels auch im ureigenen Interesse unseres Landes. Denn in vielen Branchen – von der Gastronomie über die Pflege bis zum produzierenden Gewerbe – wird händeringend nach Arbeitskräften gesucht. Deshalb muss die Staatsregierung dem Wunsch vieler Unternehmen aus dem ganzen Land nachkommen, die gefordert hatten, den Zugang für Geduldete so niedrig wie möglich zu gestalten.